



Rede des Fraktionsvorsitzenden Jürgen Siebert zum Haushalt 2010

(es gilt das gesprochene Wort)

Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

für mich gibt es:

30 Jahre Stadtrat Waltrop

30 Jahre Sitzungen in diesem Saal

30 Jahre Haushaltsberatungen

30 Jahre Haushaltsreden

Schon vor 30 Jahren, meine Damen und Herren, war den Haushaltsreden zu entnehmen, dass es wieder einmal eine Verschlechterung der finanziellen Situation gab.

Daran hat sich bis heute leider nichts geändert. Im Gegenteil. Die Dramatik der finanziellen Lage unserer Stadt ist kaum noch zu überbieten. Licht am Ende des Tunnels ist schon lange nicht mehr zu sehen und wenn, dann das vom Gegenzug.

Meine Damen und Herren,
unter einem Haushaltsplan versteht man

in der Finanzwissenschaft die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben, bzw. Erträgen und Aufwendungen von öffentlich rechtlichen Körperschaften wie Kommunen.

Mit der Aufstellung von Haushaltsplänen steuern die Parlamente, Kreistage und Gemeinderäte der Gebietskörperschaften die Finanzen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
diese, den Räten ureigenste Aufgabe und Recht, muss uns und mehr als jeder zweiten Kommune NRW geradezu zynisch erscheinen. Mit kommunaler Selbstverwaltung hat das nichts mehr zu tun.

All unsere Erwartungen auf die Abschaffung des Solis und erst recht auf die überfällige Gemeindefinanzreform haben sich nicht erfüllt.

Das muss wohl gerichtlich geklärt werden, weil die Verantwortlichen in Land und Bund nicht bereit sind, die dramatischen finanziellen Situationen in den Kommunen wahrzunehmen. Im Gegenteil. - Dazu später mehr -.

Vor Monaten hat uns der Kämmerer berichtet, dass wir in Waltrop von 1993 bis 2006 etwa 90 Mio Euro eingespart haben, nicht ohne den Bürger in die Tasche greifen müssen. Der Bund und das Land haben im gleichen Zeitraum Waltrop Aufgaben in einer Größenordnung von ca. 120 Mio Euro neu übertragen.

Trotz unserer Proteste bei den Verantwortlichen geht dieses Spielchen munter weiter. Ich möchte hier darauf hinweisen, dass das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der neuen Bundesregierung unsere Stadt allein in diesem Jahr ca. eine halbe Million Euro zusätzlich kostet.

Vor diesem Hintergrund muss man es wohl als geradezu lächerlich bezeichnen, dass wir uns in dieser Sitzung noch mit einer geringfügigen Einsparmöglichkeit von wenigen Tausend Euro bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung beschäftigen.

Eine Parallelität, die die Perversität der vergangenen Jahre in der Beziehung zwischen Land und Kommunen erneut zum Ausdruck bringt.

Damit aber in Waltrop endlich der große finanzielle Wurf stattfinden sollte, wurde uns vom Regierungspräsidenten in Münster im Jahr 2006 ein so genannter Sparberater aufs Auge gedrückt. Heute können wir mit Recht sagen, außer Spesen nichts gewesen. Oder? Die Vermeidung der Kosten für seine Anwesenheit und die von ihm eingeforderten Gutachten hätte uns locker die im Herbst 2008 von uns beschlossene Erhöhung der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer für die Jahre 2009, 2010 und 2011 erspart. Auch dem Sparberater selbst war schnell klar, dass hier nichts mehr zu holen ist.

Warum haben wir dennoch für die Steuererhöhung gestimmt?
Im Handlungsrahmen des Innenministers werden wir jedes Jahr aufgefordert, hier tätig zu werden. Abgesehen von vielen anderen Aufforderungen in finanzieller Hinsicht.

Auch die SPD-Fraktion hat 2008 dieser Erhöhung zugestimmt.

Meine Damen und Herren,

ich muss einmal das Wort „hätte“ gebrauchen, bitte sehen Sie es mir das nach.

Hätten wir damals gewusst, dass die derzeitige Bundesregierung neue auf die Kommunen abgewälzte kostenintensive Beschlüsse fasst, wie zum Beispiel das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, hätten wir diesen mehrjährigen Beschluss sicherlich nicht gefasst.

Der aktuelle Vorschlag, diesen Beschluss aus 2008 so abzuändern, dass die Erhöhung für 2011 nicht mehr vollzogen wird, trägt die SPD-Fraktion deshalb mit. Wie es dann weitergeht, darüber wird der Rat Ende 2010 entscheiden.

Ich möchte hier erinnern, was uns der Kämmerer am letzten Donnerstag im HFA als nicht ganz Ernst zu nehmende Zahlenspiele vorgetragen hat. „Damit wir ab 2011 den Fehlbedarf von ca. 16 Mio Euro abdecken können, müsste unter anderem die Grundsteuer B von derzeit 450 Punkten auf 2165 Punkte erhöht werden.“ (Zitat Ende). Hieran erkennen wir, wie hilflos unser Bestreben auf einen ausgeglichenen Haushalt ist.

Eine zweite Anregung des Kämmerers war: „Ob Baby oder Greis, jeder Waltroper zahlt pro Monat 50 Euro zusätzlich an die Stadt Waltrop, das macht dann pro Jahr ca. 18 Mio Euro Einnahmen aus“ (Zitat Ende). Man muss dazu wissen, dass kein nennenswerter Schuldenabbau stattfindet.

Meine Damen und Herren,
ich bin unserem Kämmerer dankbar, dass er uns einmal aufgezeigt hat, wie hilflos wir doch da stehen mit den verzweifelten Versuchen, durch unsere so genannten maßvollen Erhöhungen Geld in die Stadtkasse zu bekommen.

Ich will hier aber nicht unerwähnt lassen, dass laut Bericht der Gemeindeprüfanstalt noch ca. 350.000 bis 500.000 Euro eingespart werden können.

Unserem Wissen nach befindet sich die Verwaltung in der Abarbeitung des GPA-Berichts und wird uns sicherlich Ergebnisse zur Beschlussfassung im gesetzlich vorgeschriebenen Haupt- und Finanzausschuss vorlegen.

Die SPD Fraktion wird das konsequent einfordern und konstruktiv begleiten.

Darüber hinaus gilt es, die Einnahmenseite zu verbessern.

Die Ausweisung von Gewerbegebieten sowie attraktiven Wohngebieten für Neubürger, am besten mit Kindern, wird eine unserer Aufgaben sein.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie geht ansonsten es weiter?

Die Klage des Kreises Recklinghausen gegen die Landesregierung bezüglich der finanziellen Unterausstattung der Kommunen wird hoffentlich nach mehrmaligem Verschieben noch in diesem Jahr verhandelt.

Die dreigliederige Klage des Kreises kann nach Expertenmeinung ein voller Erfolg werden. Warten wir es ab.

Meine Damen und Herren,

die Angst vor dem Eingreifen der oberen Kommunalaufsicht bzw. des Innenministers nach der bilanziellen Überschuldung unserer Stadt teile ich so nicht. Ich möchte den Innenminister bzw. den Regierungspräsidenten sehen, der möglicherweise in Waltrop anfängt, Einrichtungen wie Bücherei, Musikschule, VHS oder Yahoo zu schliessen.

Das würde bedeuten, dass im übernächsten Jahr andere Kreisstädte, denen auch die bilanzielle Überschuldung droht – einigen sogar eher als uns -

ein ähnliches Schicksal erleiden würden. Ich rede hier nur von den 10 Städten im Kreis Recklinghausen von insgesamt 396 Kommunen in NRW, von denen viele ähnlich gefährdet sind. Das kommt dann fast einer Liquidierung Nordrhein-Westfalens gleich. Was will ich damit sagen?

Wenn diese Behörden ohne Bürgerkontakt wie Bezirksregierung und Fachministerien in Düsseldorf nicht endlich be-

greifen, was sich in den Städten abspielt, können sie bald von dem Spruch Gebrauch machen, „der Letzte macht das Licht aus“.

Meine Damen und Herren,

„der Letzte macht das Licht aus“ wird es beim neuen Eon-Kraftwerksbau in Datteln wahrscheinlich nicht geben. Was hier passiert, gestützt und gefördert von unserer Bezirks- und Landesregierung schlägt - wie der Volksmund so sagt - dem Fass den Boden aus.

Dem Versuch der Parteien, der Wahlverdrossenheit unserer Bürger entgegenzuwirken, wird mit der Rechtsbeugung bei der Genehmigung dieses Kraftwerksbaus einen Riesenbärendienst erwiesen. Selbst die Gerichtsentscheidung des höchsten deutschen Gerichts, das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, wird von der Bezirksregierung nicht zur Kenntnis genommen wie in dieser Woche in der Zeitung nachzulesen war: „Wir haben offiziell noch keine Nachricht erhalten“, so die Aussage.

Meine Damen und Herren, das ist schlichtweg eine Frechheit. Für die SPD war, ist und bleibt die Aussage „Recht muss Recht bleiben“ die einzig zu vertretende Position in diesem Streit.

Die Konsequenz ist einfach: Eine Bezirksregierung, die nicht handelt, kann auch aufgelöst werden. Die Diskussion darüber wird ja schon länger geführt.

Unter anderem wird eines sehr deutlich: Die Abhängigkeit der großen Politik von der Energiewirtschaft. Hierfür stehen aus den letzten Jahren zwei uns alle bekannte Namen: Laurenz Meyer und Wolfgang Clement.

Der Kommentar von vielen Bürgern, „Warum sollen wir denn noch wählen gehen, die Politik macht, was nicht passt passend“. Und das Interesse und Wohl der Bürgerinnen und Bürger bleibt mal wieder auf der Strecke.

Auch hier wird wieder klar: Ob Gebühren oder Kraftwerk-schwarzbau, der Bürger steht immer auf der falschen Seite und zahlt letztendlich die Zeche.

Meine Damen und Herren, zurück zum Haushalt.

Die Waltroper SPD hat in den vergangenen Jahren stets Wort gehalten und nach der Wahl das getan, was sie vor der Wahl gesagt hat. Daran halten wir fest.

1. Die Aussage, mit der Waltroper SPD wird es keine weitere Schließung von öffentlichen Einrichtungen geben, steht. Das Yahoo oder die Stadthalle möchte ich an dieser Stelle nur exemplarisch nennen.

2. Trotz oder gerade wegen der aussichtslosen finanziellen Lage, werden wir auch in Zukunft konstruktive Sparvorschläge machen und solchen gegenüber aufgeschlossen sein. Den GPA Bericht erwähnte ich bereits. Darüber hinaus befürworten wir den möglichen Zusammenschluss der Ostvestgemeinden in Bezug auf Stadtwerke, Stromkonzessionsverträge und ähnliches. Die bisher guten Erfahrungen der Stadt Herten in diesem Bereich sollten uns darin bestärken.

3. Wir werden alles Erdenkliche dafür tun, die Lebensqualität unserer Stadt zu erhalten.

Hierzu gehört Umsetzung der Pläne für den Umbau des Sportzentrums Nord und des Schwimmbades.

Aber auch die Erstellung des Schulentwicklungsplanes für die weiterführenden Schulen wird hier eine besondere Rolle spielen. Wir müssen an dieser Stelle die vorbildlichen Aktivitäten unserer Schulen unterstützen, für eine zukunftsorientierte Schullandschaft sorgen und Waltrop als Bildungsstandort noch stärker als bisher etablieren. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vereine können hierbei auf uns zählen.

4. Es wird auch weiterhin die Politik der SPD sein, die Bürgerinnen und Bürger konsequent an wichtigen Ent-

scheidungen zu beteiligen. Die Arbeitsgruppe im Bereich der Sportstätten oder die Bürgerbefragung zum Thema B474n waren hierbei vorbildlich.

Wir werden in Kürze einen Antrag auf Einrichtung eines Behindertenbeirates stellen, wobei die guten Erfahrungen mit dem Seniorenbeirat hilfreich sind.

5. Die SPD Fraktion steht zu ihrem Nein zum Thema New-Park. Die zunehmend kritischen Haltungen, nicht nur des RVRs sondern auch des CDU Vorsitzenden in Datteln bestätigen die von uns seit langem vorgetragenen Argumente und unsere Kritik. Wir teilen an dieser Stelle die Haltung von Herren Dr Wuschka, dass insbesondere kommunale Wirtschaftsförderung mit einer starken Ausrichtung auf den Mittelstand die Zukunft der „richtige Weg“ sind. Die ersten Ansiedlungen in unserem Levringhäuser Feld, die unmittelbar bevorstehen, sind erfreulich, können aber nur einen ersten Schritt darstellen. An dieser Stelle werden wir mehr tun müssen.

Die SPD- Fraktion wird hier Vorschläge machen. Für den aktuellen Erfolg möchten wir aber der Bürgermeisterin, dem Wirtschaftsförderer sowie dem Stadtplaner ausdrücklich danken.

Abschließend bleibt zu sagen:

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu.

Wir danken dem Kämmerer und seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit, die sie mit der Aufstellung des Haushaltes hatten.

Waltrop, den 22. April 2010

Jürgen Siebert
Fraktionsvorsitzender